

## Antworten der BayernSPD auf die WPS von PETA Deutschland

Ein großer Teil der Rinderhaltungen in Bayern sind Anbindehaltungen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass jegliche Form der Anbindehaltung von Rindern, inklusive der sogenannten Kombinationshaltung, verboten wird?

Wir als bayerische SPD wollen den gesellschaftlich unerwünschten Strukturwandel stoppen und die Konzentration auf wenige große Betriebe verhindern, sodass unsere einzigartige bäuerlich-geprägte Kulturlandschaft erhalten bleibt. Kleine und mittlere Betriebe müssen in die Lage versetzt werden, neue Auflagen bei Umwelt und Tierwohl erfüllen zu können, ohne dass existenzielle Notlagen entstehen. Daher muss eine abgewogene Kombihaltung vorerst weiterhin anerkannt sein, um gerade kleineren Betrieben durch längere Übergangsfristen eine wirtschaftliche Perspektive zu ermöglichen. Allerdings fordern wir eine verpflichtende Kennzeichnung von Haltungsform und Herkunft sowie kurze Tiertransportwege von der Geburt bis zur Schlachtung.

Gemäß Bundesregierung (BT-DS 19/3195) werden tierhaltende Agrarbetriebe in Bayern im Durchschnitt nur alle 48 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert. Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Ja. Um Tierquälereien effektiv zu verhindern, sind mehr unangekündigte staatliche Kontrollen notwendig. Damit eine regelmäßige Durchführung sichergestellt werden kann, wollen wir die Personalausstattung der zuständigen Behörden verbessern.

Die „Tierproduktion“ zählt zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

Ja. Öffentliche Kantinen sollten für möglichst viele Menschen ein Angebot haben. Wir setzen uns daher dafür ein, dass neben Fleischgerichten und vegetarischem Essen auch veganes Essen angeboten wird. Zudem werden wir die Kantinen des Freistaates zum Vorbild machen, indem wir dort vorrangig Produkte aus regionaler Bio-Erzeugung anbieten.

In elf Bundesländern können Studierende auf Antrag tierversuchs-/tierversuchsfreie Prüfungsleistungen ablegen. Befürwortet Ihre Partei eine Änderung des Landeshochschulgesetzes, so dass auf Antrag des Studierenden ein Studium ohne Tierversuch absolviert werden kann?

Ja. In Bayern wird derzeit fast jeder Tierversuch genehmigt. Gleichzeitig fließen nur ca. 1 % der Forschungsgelder in tierversuchsfreie Methoden. Wir wollen diese Entwicklung umkehren und tierversuchsfreie Forschungs- und Lehrkonzepte stärker fördern und sie insbesondere an staatlichen Institutionen als Standard etablieren. Damit würde der Freistaat vorbildhafte Impulse für die gesamte Wissenschaftslandschaft setzen.

In verschiedenen Bundesländern wurden aus Tierschutzgründen Totschlagfallen untersagt, die Jagd auf Haustiere abgeschafft und die Baujagd eingeschränkt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Landesjagdgesetz unter Berücksichtigung der Staatszielbestimmung Tierschutz überarbeitet wird?

Ja. Wir setzen uns für eine umwelt- und tierschutzgerechte Jagd als Grundlage für eine natürliche Waldentwicklung ein. Wir befürworten ein Verbot von Bleimunition und fordern praxisgerechte Jagdzeiten sowie eine jährliche Erfassung der Abschusszahlen. Daneben erkennen wir an, dass auch natürliche Beutegreifer wie der Wolf einen wichtigen Beitrag zur natürlichen Regulierung von Wildbeständen leisten.

In Bayern werden jedes Jahr rund 100.000 Füchse bei der Jagd getötet – deutlich mehr als in jedem anderen Bundesland. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Füchse in Bayern nur noch im Einzelfall und mit behördlicher Genehmigung getötet werden dürfen?

Wir fordern ein Pilotprojekt zur Einstellung der Fuchsjagd. Bei erfolgreichem Ausgang wollen wir ein Verbot auf ganz Bayern ausdehnen, sofern dies wildbiologisch vertretbar ist. Gleichwohl sollte die Bejagung einzelner „Problemtiere“ auf Basis einer behördlichen Einzelfallprüfung respektive Genehmigung möglich bleiben.

Wettfischveranstaltungen wie das Königsfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften als strafbar angesehen. Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Wettfischveranstaltungen, bei denen es darum geht, möglichst schwere oder viele Fische in einer bestimmten Zeit zu angeln?

Wir setzen uns für eine umwelt- und tierschutzgerechte Organisation von Wettfisch-Veranstaltungen ein. Ein pauschales Verbot halten wir nicht für zielführend.

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Bayern einsetzen?

Ja. Wir unterstützen die Einführung eines verpflichtenden Hundeführerscheins für alle, die sich zum ersten Mal einen Hund anschaffen. Durch das vermittelte Wissen sollen tierschutzgerechte Haltung gefördert und Spontanschaffungen, die häufig zur Abgabe an Tierheime, Aussetzung oder Online-Handel führen, vermieden werden.